

# Stolper Tageblatt



Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage  
Bezugspreis: Frei Haus vierteljährlich 16.50 Mk.,  
bei Abholung von der Geschäftsstelle oder von den  
Ausgabestellen vierteljährlich 15.— Mk., monatlich 5.—  
Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich 16.50 Mk.  
Kernsprecher Nr. 25 — Fernsprecher Nr. 926

**Stolper Neueste Nachrichten**  
General-Anzeiger für Ostpommern

Anzeigenpreis: Die sechspaltige Kleinzeile  
innerhalb des Stadt- und Landkreises Stolp 1.00 Mk.,  
von außerhalb 1.25 Mk.; Reklamezeile 3.— Mk.;  
Ermäßigung laut Tarif. — Anzeigen für andere  
Zeitungen und Zeitschriften werden ohne Aufschlag  
vermittelt. — Postkontonummer Stettin Nr. 117

Nr. 14

Dienstag, den 17. Januar 1922.

14. Jahrgang

## Chronik des Tages.

— Rathenau hat dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten über die Verhandlungen in Cannes Bericht erstattet.

— Die Entente-Kommission zur Prüfung der Kriegsschuldigenprozesse hat die Leipziger Urteile für ungenügend erklärt und die Auslieferung der Beschuldigten beim Obersten Rat beantragt.

— Das neugebildete Kabinett Poincaré ist zu dem ersten Ministerrat zusammengereitet.

— Die amerikanische Regierung hat die Einladung der Verbündeten, sich in Genua vertreten zu lassen, vorläufig abgelehnt.

— Der Reichsparteitag der Zentrumspartei hat der Parteileitung und der Reichstagsfraktion sein Vertrauen ausgesprochen.

— Die Reichsregierung hat eine 75-prozentige Erhöhung des Brotpreises vom 16. Februar ab angeordnet.

## Auslieferung

### der Kriegsschuldigen?

Die feinerzeit von den Alliierten zur Prüfung der Leipziger Kriegsschuldigenprozesse eingesetzte Kommission ist soeben zu einem geradezu ungeheuerlichen Beschlusse gekommen. Sie hat dem Obersten Rat einen Antrag u. Auslieferung der Kriegsschuldigen an die Entente unterbreitet und damit einen neuen Beweis dafür geliefert, daß die Ententepolitik auch heute noch wie vor von Haß und Rachsucht gegen das wehrlose deutsche Volk diktiert ist. Begründet wird der Auslieferungsantrag mit dem wohl einzig dastehenden Vorwurfe, das Reichsgericht hätte sich bei der Aufdeckung der Wahrheit nicht genügend bemüht und in allen neun ihm vorgelegten Fällen bisher keinerlei Genugtuung gegeben, insofern, als einige Angeklagte freigesprochen worden seien, während sie hätten verurteilt werden müssen und daß selbst in den Fällen, in denen die Angeklagten für schuldig befunden wurden, die ausgesprochene Strafe nicht genügend gewesen sei. Die Kommission sei daher einstimmig der Ansicht, daß man zu keinem zweckmäßigen Resultat gelangen könne, wenn weitere Fälle dem Reichsgericht unterbreitet würden, und daß die deutsche Regierung aufgefordert werden müsse, die Angeklagten den alliierten Mächten zu ihrer Aburteilung auszuliefern.

Dieser Antrag ist so ungeheuerlich und steht auch in so kraßem Widerspruch mit verschiedenen Meinungsäußerungen, daß man sich seine Billigung durch den Obersten Rat, dem die endgültige Entscheidung obliegt, schwer vorstellen kann. Die Alliierten haben feinerzeit die Gründe zu würdigen gewußt, die die deutsche Regierung gegen eine Auslieferung der Kriegsschuldigen geltend machte und haben entgegen dem Versailles-Vertrag, der die Auslieferung verlangte, die Aburteilung dem Reichsgericht überlassen. Es bedarf wohl keiner Betonung, daß die Auslieferung Deutscher an Entente-gerichte auch heute noch ein Ding der Unmöglichkeit ist. Die Verhandlungen vor dem Reichsgericht haben den unanfechtbaren Beweis erbracht, daß Deutschland die volle Garantie für eine unparteiische Rechtspflege über die Kriegsschuldigen bietet. Wenn auch vielleicht über die Urteile verschiedene Auffassungen herrschen — insofern, als sie manchen zu scharf, anderen wieder zu ungerade erscheinen — so stimmen doch alle Parteien darüber ein, daß das Reichsgericht bei all diesen Prozessen mit der gleichen Gewissenhaftigkeit und alle Wahrheitsquellen erschöpfenden Sorgfalt seines Amtes gewaltet hat, die den höchsten deutschen Gerichtshof seit jeher auszeichnen. Auch im Ausland zollte man der Tätigkeit des Reichsgerichts höchste Anerkennung. Abgesehen von Frankreich, das nach der Freisprechung des Generals Stenger seine Delegation aus Leipzig abberief und nach alter Gewohnheit gegen die „unzulängliche“ Rechtspflege des Reichsgerichts protestierte. Die englischen Delegierten, die der Verhandlungen beigewohnt haben, fällten feinerzeit ein anderes und besseres Urteil über das rechtliche Empfinden und die gewissenhafte Pflichterfüllung der deutschen Richter. Die höchsten staatsanwaltschaftlichen Beamten, der Solicitor General Sir Ernest Balfour und sein Vorgesetzter, der Attorney-General Sir Gordon Hewart sprachen im englischen Unterhaus in anerkennenden Worten über den Verlauf der Prozesse. Auch in der Presse wurde die Unparteilichkeit des Reichsgerichts anerkannt.

Um so größeres Befremden muß es erregen, daß der Auslieferungsantrag von der Entente-Kommission einstimmig angenommen worden ist. Offenbar scheint die Ansicht der Franzosen bei den englischen, italienischen und belgischen Kommissionsmitgliedern durchgedrungen zu sein. Sollte der Oberste Rat — was wir nicht hoffen wollen — sich die Ansicht der Kommission zu eigen machen und die Auslieferung der Angeklagten an die Alliierten durchsetzen wollen, so würde er jeden Gedanken an einen gemeinsamen Wiederaufbau Europas im Keime ersticken und den Haß zwischen den Völkern bewirken. Der englischen Presse kommt dieser Beschluß böse

lig überraschend, sie äußert lebhaft Bedenken und beschränkt mit Recht, daß daraus ernste Schwierigkeiten entstehen müssen. Deutschland könne dadurch in ein Chaos gestürzt werden, denn es sei höchst zweifelhaft, ob die Reichsregierung stark genug sei, einem Auslieferungsbeghären stattzugeben.

## Die Brotpreiserhöhung.

### Eine amtliche Darstellung.

Bei der letzten Festsetzung des Brotpreises bestand, wie amtlich mitgeteilt wird, bei der Regierung die Absicht, den Preis möglichst bis zum Ablauf des Wirtschaftsjahres beizubehalten. Die Durchführung dieser Absicht erweist sich als unmöglich und zwar in der Hauptsache aus zwei Gründen: erstens infolge des ständigen Druckes der Entente auf Abbau der Reichszuschüsse und zweitens infolge der seit der letzten Festsetzung eingetretenen außerordentlichen Verschlechterung der Valuta.

Bei der letzten Festsetzung der Preise für Getreide und Mehl August 1921 stellte sich das 1900 Gramm-Brot auf etwa 7 Mark. Die Versorgung der Bevölkerung mit rationiertem Brot erfordert rund 4 1/2 Millionen Tonnen, wovon 2 1/2 Millionen Tonnen durch die Umlage, der Rest durch eingeführtes Getreide gedeckt werden soll. Die Kosten des Auslandsgetreides liegen um ein Mehrfaches über dem Verkaufspreis der Reichsgetreidekasse. Der bisherige Abgabepreis konnte nur gehalten werden unter erheblicher Zuhilfenahme von Reichsmitteln.

Die Gesamtausgabe für das Auslandsgetreide würde vom Reich an Verbilligungszuschüssen etwa 16,4 Milliarden Mark erfordern. Abgesehen von der Finanzlage des Reiches, welche die Aufbringung derartiger Mittel als ausgeschlossen erscheinen läßt, zwingt der dauernde Druck der Entente zum Abbau dieser Zuschüsse als Voraussetzung für Erleichterungen unserer Verpflichtungen.

Aus diesen Gründen hat das Reichskabinett beschlossen, die Abgabepreise der Reichsgetreidekasse für Mehl und Getreide mit Wirkung vom 16. Februar 1922 ab zu erhöhen. Diese Erhöhung wird eine Steigerung des Brotpreises zur Folge haben, die nach den angefertigten Durchschnittsberechnungen auf etwa drei Viertel des jetzigen Preises zu veranschlagen ist.

### Keine Aufhebung der Brotmarken.

Die Meldungen, wonach ein Abbau des Brotmarkensystems beabsichtigt ist, sind, wie amtlich versichert wird, nicht zutreffend. Eine Aufhebung der Brotmarkenwirtschaft kommt im laufenden Wirtschaftsjahr, d. h. bis August 1922, nicht in Frage. Auch eine Erhöhung des Umlagebetrags der Landwirtschaft ist nicht beabsichtigt, da dieselbe zurzeit praktisch undurchführbar wäre.

## Poincarés Kabinett.

### Die Regierung des nationalen Blods.

Das neue Ministerium Poincaré ist nunmehr endgültig gebildet. Es setzt sich zusammen aus drei Senatoren und zehn Deputierten, die fast ausnahmslos den Parteien des nationalen Blods zuzuzählen sind. Im einzelnen setzt sich das neue Kabinett folgendermaßen zusammen:

Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen Raymond Poincaré, Vizepräsident, Justizminister und Minister für Elsaß-Lothringen Barthou, Innenres Maunourh, Finanzen de Lasteyrie, Krieg und Pensionen Maginot, Unterrichts Léon Bérard, Kolonien Sarraut, Arbeit Peyronnet, Gesundheitswesen und Versicherungsweesen Strauß, Verkehr Le Troquer, Marine Raiberti, Landwirtschaft Chéron, befreite Gebiete Reibel, Handel Dior.

Außerdem fünf Staatssekretäre: Sekretär des Präsidenten Colrat, Post und Telegraph Paffont, Handelsmarine Rio, militär. Luftschiffahrt Chnac, technischer Unterricht Vidal.

Das neue Kabinett wird sich am Donnerstag der Kammer vorstellen und wird von den Deputierten zweifellos ein starkes Vertrauensvotum erhalten, da sämtliche politische Gruppen mit Ausnahme der äußersten Rechten und der äußersten Linken in dem neuen Kabinett vertreten sind. Die Opposition der Radikalsozialisten und Sozialisten, deren Führer Doumergue und Herriot er gern für sein Kabinett gewonnen hätte, haben einen Eintritt in die Regierung abgelehnt. Allerdings gehört der Kolonialminister Sarraut, der augenblicklich Frankreich in Washington vertritt, der Partei der Radikalen an; aber er war von Briand ausdrücklich zum Bleiben ersucht worden, da sein Rücktritt zurzeit von Nachteil für Frankreich gewesen sein würde. Von bekannteren Persönlichkeiten enthält das neue Kabinett nur den bisherigen Kriegsminister Barthou. Im übrigen bestehen die Minister im allgemeinen aus Persönlichkeiten zweiten Ranges. Kennzeichnend für das Kabinett Poincaré ist es, daß das Portefeuille des Fi-

nanzministers dem Abgeordneten de Lasteyrie anvertraut wurde, der als Budgetberichterstatler durch seine Reden gegen das „böswillige Deutschland“ wiederholt von sich reden machte. Auffallend ist das Fehlen Doumergs, der als einer der Hauptstürzer Briands wohl am ersten von Poincaré mit einem Ministerposten hätte bedacht werden müssen. Im ganzen betrachtet stellt sich die neue französische Regierung als eine ausgesprochen nationalstatische dar, von der man keinerlei Entgegenkommen an Deutschland erwarten darf.

### Frankreich geht nach Genua.

Lloyd George hat auf seiner Durchreise in Paris eine längere Unterredung mit Poincaré gehabt. Nach dem „Matin“ haben die beiden Staatsmänner alle aktuellen politischen Fragen durchgesprochen. Der englisch-französische Schutzvertrag werde dem Platte zufolge vervollkommenet und so umgestaltet werden, daß Frankreich nicht die Rolle des Bittenden zugewiesen würde, und daß es größere Bürgschaften erlange. Was die Konferenz von Genua anlangt, so sei die Unterschrift von Frankreich gegeben worden, aber Poincaré selbst werde sich nicht nach Genua begeben, sondern jedenfalls Libiani.

Zwischen dem britischen Schatzkanzler Sir Robert Horne und dem französischen Finanzminister de Lasteyrie hat eine Aussprache über die Reparationsfrage stattgefunden. Diese Verhandlungen würden, so behauptet der „Matin“, in den folgenden Wochen fortgesetzt werden, jedoch auf diplomatischem Wege. Lloyd George ist wieder in London eingetroffen.

## Der Parteitag des Zentrums.

### Einstimmiges Vertrauensvotum für Dr. Birts.

Der zweite Reichsparteitag der Zentrumspartei, der im Gegensatz zu den Parteitag der übrigen großen Parteien nicht in der Provinz, sondern in Berlin selbst stattfand, hat der Fraktion des Reichstages und des Landtages sein Vertrauen ausgesprochen und sich rückhaltlos einverstanden erklärt mit der Politik der Regierung, die durch Klarheit und Mäßigung einer Befundung der Welt und einem Zusammenarbeiten der Völker die Wege ebnet wolle. Weiter wurde in der einstimmig angenommenen Entschließung eine energische Durchführung der Finanzpolitik auf der Grundlage gerechter Lastenverteilung verlangt. Zu entschiedener Ablehnung einseitiger Parteipolitik der Rechten und Linken erblüht der Parteitag das Gebot der Stunde.

Die Verhandlungen des Parteitages gewannen besondere Bedeutung durch die wichtigen programmatischen Erklärungen über die Stellung der Zentrumspartei in der Reparationsfrage, unter besonderer Würdigung der Konferenzen von Cannes und Genua, sowie über die Haltung des Zentrums in der Besitzsteuerfrage und über das Verhältnis zu den übrigen Parteien.

### Cannes und Genua.

Das erste Problem wurde ausgiebig behandelt in dem Referat des Reichsarbeitsministers Brauns über die politische Lage und die Tätigkeit der Reichstagsfraktion. Der Redner stellte fest, daß die Erfüllungspolitik der Partei — Erfüllung bis zur Grenze des Möglichen — richtig gewesen sei, da der deutsche Erfüllungswille bis zu dieser Grenze der beste Zeuge und Sachwalter Deutschlands im Auslande gewesen sei. Nur dadurch habe sich herausgestellt, daß das Londoner Diktat unmöglich sei. In Cannes sei ohne Strafmaßnahmen eine Verlangsamung der Reparationsleistungen zugestanden worden; und in Genua wird zum ersten Male durch Programm und Zwecksetzung zum Ausdruck kommen, daß die zu schaffende internationale Organisation für den wirtschaftlichen Wiederaufbau mit Deutschland geschaffen werden soll.

### Zeitlich beschränkter Eingriff in die Vermögenssubstanz.

Zur Regelung der Reichsfinanzen forderte der Minister rasche Eintreibung der vorhandenen Steuern und eine weitere Ausgestaltung der Besitzsteuern, bei der ein zeitlich beschränkter Eingriff in die Substanz des Vermögens nicht ausgeschlossen sei. Dieser Eingriff sei aber nur zulässig, wenn die Neuregelung der Reparationsfrage Deutschlands Wirtschaft auf eine feste Grundlage gestellt habe. Nur zur endgültigen Sanierung, nicht aber für ein Faß ohne Boden dürfe der Eingriff in die Substanz erfolgen.

Auf die Beschwerden der Delegierten über die Steuererhebung gab der Reichsfinanzminister Hermes ohne weiteres zu, daß der Steuer-Erhebungsapparat noch nicht recht funktioniere. Wo es notwendig sei, werde in Personalfragen rückwärts Medur geschaffen werden. Aber gerade soll man mit

Der Steuererhebung noch stark im Rückstand sei, habe es keinen Zweck, neue Steuern zu bewilligen.

Hierauf erfolgte die Annahme der oben erwähnten Vertrauensklärung.

Am Montag fand eine geschlossene Sitzung des Zentrumsparteitages statt. Mittags hielt der Reichszanzler Dr. Wirth eine Rede über die politische Lage. Diese Rede wurde für vertraulich erklärt.

## Politische Rundschau.

— Berlin, 17. Januar 1922.

Nach Pariser Presseberichten hat die deutsche Kriegslastenkommission in Paris den Auftrag erhalten, der Wiedergutmachungskommission am 18. Januar die Summe von 21 Millionen Goldmark zu zahlen.

In einer von der Gewerkschaft bayerischer Staatsbeamten einberufenen, aus allen Kreisen der Eisenbahnbeamten und Arbeiterschaft sehr zahlreich besuchten Versammlung in Ingolstadt wurde die Entlastung der Eisenbahnen einmütig abgelehnt.

Der Hungerstreik in der Strafanstalt Sonnenburg ist beendet.

**Rathenau's Bericht an die Reichsregierung.** Rathenau ist am Sonntagabend mit den übrigen Mitgliedern der nach Cannes entfangenen deutschen Delegation nach Berlin zurückgekehrt und hatte noch am Abend eine Besprechung mit dem Reichszanzler Dr. Wirth. Eine Besprechung mit dem Reichspräsidenten schloß sich an. Die offiziellen Konferenzen begannen Montag nachmittag mit einer Sitzung des Reichskabinetts, in der Rathenau Bericht erstattete. Anschließend trat der Reichsratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten zusammen, um sich gleichfalls mit den Ergebnissen der Tagung von Cannes zu befassen. Eine Ernennung der deutschen Vertreter für Genua ist noch nicht erfolgt, da zunächst noch sämtliche Voraussetzungen hierzu fehlen. Denn weder ist bis jetzt bei der Reichsregierung eine Einladung nach Genua eingetroffen, noch dürfte sich das Kabinett schon jetzt über die endgültige Ernennung der etwa zu bestimmenden Delegierten schlüssig geworden sein.

**Stresemann über Cannes.** In einer Versammlung der Deutschen Volkspartei in München erklärte der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, daß die Beschlüsse von Cannes ebenso wenig erfüllbar seien wie die von London. Wir müßten uns für Genua vorbereiten, um dort endlich ein deutsches Programm vorzulegen. Notwendig sei im Innern Reichseinheit und Vorbereitung einer großen nationalen Volksgemeinschaft. Zur Steuerfrage führte Stresemann aus, daß die Steuerborlage in den nächsten Wochen ihre Friedigung finden müsse und daß Dr. Wirth nach seiner Ansicht, wenn das Komproß nicht zustandekomme, sein Amt werde niederlegen müssen. Es werde sich darum drehen, ob Neuwahlen nötig sind oder die Bildung eines neuen Kabinetts sich ermöglichen lassen wird.

**Calonder verläßt Oberschlesien.** Der Präsident der deutsch-polnischen Wirtschaftskonferenz, Bundesrat Calonder, hat am 16. Januar Oberschlesien verlassen, um mit den ihn begleitenden Herren vom Generalsekretariat des Völkerbundes nach Genf zurückzukehren. Mit unermüdlichem Eifer und bewundernswertem Pflichtgefühl hat Präsident Calonder sich bemüht, einen gründlichen Einblick in die Verhältnisse Oberschlesiens zu gewinnen. Die oberschlesische Bevölkerung hat ihn als einen Mann von hoher Einsicht, aufrichtiger Unparteilichkeit und strengem Gerechtigkeitsinn kennen und schätzen gelernt und wird ihm in Dankbarkeit verbunden bleiben, daß er das ihm vom Völkerbund-

rat anvertraute hohe Amt eines Schiedsrichters nicht ausüben wollte, ohne Land und Leute gründlich kennen gelernt zu haben.

**Abkehrung der neuen Besoldungsvorschläge.** Die Presseabteilung des Deutschen Beamtenbundes teilt mit: Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat den Bericht seiner Vertreter über die Besoldungsverhandlungen mit der Regierung entgegengenommen und erkennt deren Haltung an. Obwohl festzustellen ist, daß die vom Deutschen Beamtenbund aufgestellte Forderung nach sozialerer Gestaltung des Teuerungszuschlages im Prinzip verwirklicht werden soll, kann er nach Prüfung aller Verhältnisse dem Vorschlag seiner Vertreter auf Annahme der von der Regierung angebotenen Regelung nicht beitreten. Er lehnt sie deshalb in ihrem Endergebnis ab. Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes wird seine Forderung auf Erhöhung und sozialere Gestaltung der Grundgehälter weiter vertreten und behält sich die zur Durchsetzung seiner Forderung notwendigen Maßnahmen vor.

**Die Beamten und der Reichstag.** Der dem Deutschen Gewerkschaftsbund angehörende „Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften“ hat dem Reichstag eine Eingabe zugehen lassen, in der darauf hingewiesen wird, daß die Grundgehälter, wie sie durch die Regelung vom November v. Js. festgesetzt wurden, nicht mehr haltbar sind. Der Reichstag wird deshalb gebeten, eine Veränderung der Grundgehälter vorzunehmen. Die vorgesehene Aufbesserungsbeträge (1875 Mark für die Arbeiter, 2000 Mark für die Beamten pro Jahr) werden als zu gering bezeichnet im Hinblick auf die vor der Tür stehenden weiteren erheblichen Wertierungen der Lebenshaltung. Als Mindestbetrag einer erträglichen Aufbesserung werden 3600 Mark genannt. Für die Arbeiter wäre dieser Betrag in Lohnstunden entsprechend umzurechnen. Des Weiteren wird eine Erhöhung der Kinderzuschläge und eine einheitliche Gestaltung derselben, die Auswirkung aller Verbesserungen auf die Diätäre, die Beamten im Vorbereitungsdienst, die Pensionäre, die Sozialrentner aus Reichsbetrieben und die Hinterbliebenen empfohlen und gewünscht, daß die Verbesserungen aus früheren Beschlüssen des Reichstages endlich voll zur Auswirkung kommen sollen.

## Rundschau im Auslande.

**Der König von Rumänien** wird binnen kurzem in Belgrad erwartet. Er beabsichtigt, auch Ragusa zu besuchen.

Der südrussische Bezirk Cherson ist ebenfalls als Hungergebiet erklärt worden. Dort hungern in 22 Großgemeinden mehr als 100 000 Menschen.

Japan hat der Unterstellung Kaufshaus unter japanische Verwaltung zugestimmt.

**Irland: Ratifizierung des Vertrages mit England.**

Das südirische Parlament ratifizierte in einer Sitzung, der die Anhänger De Valeras fernblieben, den Vertrag mit England einstimmig. Es wurde eine provisorische Regierung unter Leitung von Collins gebildet. Während dieses Provisoriums bleibt das Dail Circuit noch bestehen, bis Neuwahlen in Irland stattfinden können. Griffith, der neue Präsident, betont, daß die neue Regierung allen gegenüber recht und billig handeln werde, und die unionistischen Vertreter des Hauses versprechen hierauf ihre Mitwirkung.

**Amerika: Die Vereinigten Staaten und Genua.**

Nach einer Meldung aus Washington hat zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der englischen Regierung ein Meinungsaustausch über die etwaige Teilnahme Amerikas an der Konferenz von Genua stattgefunden. Die amerikanische Regierung habe die Einladung der Verbündeten, sich in Genua vertreten zu lassen, nicht angenommen.

## Stadt und Land

**Wettervorhersage.** Bedeckt, Niederschläge, etwas wärmere, schwache Südostwinde.

**Die Wahlen zur Angestellten-Versicherung** ergaben die Hauptauschüsse sämtliche Vertreter und sämtliche Erbsleute, für die Aa-Liste kein Vertreter und keine Erbsleute. In Lauenburger Resultat konnten wir bereits gestern veröffentlichten Aa-Liste 71 Stimmen; in Reutettin fielen sämtliche 3 Vertreter der Hauptauschüsseverbände zu. Nach einer Nachricht des Gewerkschaftsblattes „Der Deutsche“ sind in 171 Bezirken 406 Vertreter und 764 Erbsmänner den Hauptauschüssenverbänden und 110 Vertretern mit 274 Erbsmännern dem Afa-Bund zugefallen.

**Finanzamt.** Auf die in der heutigen Nr. befindliche Bekanntmachung des Finanzamts über die Verlegung der Finanzämter nach dem Westphalischen Saale an der Stolzmunder Straße wird hierdurch noch besonders hingewiesen. Die Verlegung ist notwendig, weil die bisherigen Räumlichkeiten durchwegs unzureichend sind. Leider war es nicht möglich, in der Stadt eine geeignete Unterkunft zu finden; es mußte deshalb der etwas außerhalb gelegene Unterpostamt Saal angemietet werden. Mit Rücksicht auf die Entfernung sind empfohlen, von dem bargebliebenen Geldverkehr ausgiebig Gebrauch zu machen. Die Finanzkasse hat Reichsbankgirono und Postsparkonto Stettin Nr. 9900.

**Ein größeres Feuer** rief gestern Abend kurz vor 12 Uhr die Feuerwehr nach der Umlandstr. Nr. 3. Auf dem Grundstück befindet sich die Möbelfabrik von Widley. In einem zur Aufbewahrung von Brennmaterialien dienenden Schuppen war auf noch unermittelte Weise ein Brand ausgebrochen. Durch schnelles Eingreifen gelang es der Feuerwehr, eine Weiterverbreitung des Feuers auf die angrenzenden Maschinen- und Werkstatträume mit ihrem leicht brennbaren Inhalt zu verhindern. Nach etwa einstündiger Tätigkeit war jede Gefahr beseitigt.

**Die Reisetkosten der Reichsbahnbeamten.** Eine besondere Reisetkostenverordnung für die Beamten der Reichsbahn hat der kürzlich der Reichspräsident erlassen und jetzt hat der Reichsverkehrsminister eingehende Ausführungsbestimmungen dazu getroffen. Erregelt werden darin insbesondere die Freifahrt und die Nebenkosten, die Bezirksstellen, die Aufwandsentschädigung für Beamten der Bahnmeister, Kottenführer, Siederungs- und Telegraphenunterhaltungsdienstleistungen sowie für den planmäßigen auswärtigen Dienst für Stellvertreterungen, endlich die Pauschvergütungen. Die Bezirksstellen erhalten auch die Beamten des Siederungs-, Telegraphenunterhaltungs- und Kottenführerdienstes bei den Bahnermeisteren.

**Der Mieterschutzverein** hatte gestern Abend seine Mitgliederversammlung im Dezember vorigen Jahres wurde die Vorstandswahl vertagt und stand nun als 1. Punkt auf der Tagesordnung. Nach dem der Schriftführer die Vorschlagsliste vorlesen hatte, wurde in der Gesamtstimmung der folgende Vorstand einstimmig gewählt: 1. Vorsitzender D. Pape, Tischler; stellv. Vorsitzender Falk, Schuhmachermeister und Stadtverordneter; Kassensführer Hoffmann, Angelehler; stellv. Kassensführer Hengelhaupt, Lokomotivführer; Schriftführer Trabandt, Postinspektor; stellv. Schriftführer Pischner, Mittel- schullehrer. Zu Beisitzern wurden gewählt Geh. Rat Spieker, Angelehdirektor a. D., Dr. Müllerheim, Rechtsanwalt, Blöcken, Stadtrat, Aufsicht, Dachdecker und Lenz, Kaufmann. Geschäftsleiter des Vereins ist Herr Czadec. Unter Vorsitzendes brachten einzelne Redner der Verammlung Ausschnitte aus dem künftigen Mieterschutzgesetz sowie aus dem Reichsmietengesetz zu Gehör und ermahnten die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß jeder Wohnungsmieter, vom Arbeiter bis zum Geheimrat, Mitglied des Vereins werde.

**Der Verein ehemaliger Gardisten** für Stolz und Umgebung feierte am 14. d. Mts. in den Räumen des Schützenhauses sein 8. Stiftungsfest, das von Mitgliedern und eingeladenen Gästen sehr stark besucht war. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache durch den Vorsitzenden, Kulturobersekretär Haus, und darauffolgendem Prolog, gesprochen von Fräulein Möller, hielt der Ehrenmitglied des Vereins, General der Kavallerie von der Marwitz, eine zu Herzen gehende Festrede und überreichte die Kriegsentmündigung 1914/18 an die zum Tragen berechtigten Mitglieder. Ein Ball mit Polonaise und Parade marsch hielt die Festteilnehmer bis zum frühen Morgen gemächlich beisammen.

## Eifersucht.

Roman von S. D. Wiemann.

Copyright 1921 by Wiemanns Zeitungsverlag Berlin W 566.  
17. Fortsetzung.

Das Publikum im Gerichtssaal wandte dem jungen Mädchen fast noch mehr wie ihrem Genossen auf der Anklagebank seine Aufmerksamkeit zu. Und eine ziemlich große Zahl der Anwesenden fand es von dieser Person eigentlich unverantwortlich, daß sie so hübsch sei. Nur wenige dachten, sie sei eine in ihrer Verschönerung rührende Gestalt.

Margot Dresen gestand sich ein, während ihr Herz wild pochte, daß Edith Gilbert wirklich imstande sei, gerade durch ihre Hilflosigkeit, zu der ihre zarte Schönheit so gut paßte, einen Mann zu gewinnen und zu fesseln.

Dann verdunkelten sich ihre Augen von den Blicken auf die Angeklagte wieder, und in ihre Ohren klangen die Worte Leßburgs nach, daß vielleicht eine weibliche Stimme noch für ihn erheben würde, um zu beweisen, daß er nicht aus reiner Geldgier das Verbrechen verübt habe, sondern um einem Mädchen, das er liebe, sein Wort halten zu können.

Der Staatsanwalt hielt trotz der Aussage Leßburgs auch jetzt noch an der Anklage gegen Edith Gilbert fest. Er beharrte dabei, daß die Straftat ein abgekartetes Spiel der beiden Angeklagten sei, und daß Leßburg sich bemühe, seine Mitschuldige für unschuldig hinzustellen, damit sie freigesprochen werde und sich des Geldes, dessen Versteck sie jedenfalls kenne, bemächtigen zu können. Denn nur Geldgier sei die Triebfeder zur Handlungsweise des Angeklagten gewesen. Wenn er ein Mädchen hätte heiraten wollen, so hätte er dies ohne Verbrechen tun können, er habe ja eine gut bezahlte Stellung gehabt. Und dann fuhr er mit gehobener Stimme fort:

„Der Angeklagte hat gesagt, er habe dem Fräulein Gilbert keinerlei Aussichten für ihre Zukunft gemacht. Selbst wenn das als zutreffend angenommen wird, was ich aber nicht glaube, so schließt es gar nicht aus, daß er durch sein Wesen die Angeklagte so beeinflusst, gewissermaßen hypnotisiert hat, daß sie sich Hoffnungen hingab, sie könne einmal die Frau des Angeklagten werden, und daß sie ihm deshalb bei seiner Straftat behilflich gewesen ist. Eine solche Suggestion ist möglich, auch ohne daß ein förmliches Liebesverhältnis bestanden hätte. Angeklagte, hat Sie, wenn

auch nur auf kurze Zeit, die Hoffnung besetzt, Sie könnten einmal Frau Leßburg werden?“

Bevor Dr. Drülberg, Ediths Verteidiger, gegen diese Frage protestieren konnte, die das junge Mädchen nur unnötig quälte und sie in ihren Mädchengefühlen verletzen mußte, war Ediths Lippen schon ein leises, kaum verständliches Ja entklimt. Dann schlug sie die Hände vor das Gesicht und sank schluchzend auf die Anklagebank zurück.

Eine tiefe Stille herrschte. Unwillkürlich machte der Staatsanwalt in seinen Ausführungen eine Pause, um der Aufgeregten Zeit zu lassen, ihre Fassung wieder zu gewinnen. Leßburg schaute die Weinende verständnislos an. Das Publikum blinzelte sich schadenfroh und achselzuckend zu. Drülberg war peinlich überrascht. Nervös schweißte sein Blut im Saale umher und blieb plötzlich in der Loge hängen, in der Margot mit unnatürlich weit geöffneten Augen und geistesbleichem Antlitz saß. Schreck und Angst sprachen so deutlich aus ihren Augen, die nach der Anklagebank starrten, daß dem Rechtsanwalt wie durch einen Blitzstrahl die Wahrheit klar erschien.

Schon früher war ihm Margots Wesen seltsam aufgefallen, wenn die Rede auf diesen Prozeß gekommen war. Sie war die geheimnisvolle Dame, um deren willen Leßburg die Unterschlagung begangen hatte, da der Banddirektor nichts von einer Verbindung seiner Tochter mit dem phantasievollen Schauspielers-Dilettanten wissen wollte. Margot hatte die Schreibmaschine Keun geschrieben, sie allein hatte unbemerkt das Büro nach Schluß des Kontors öffnen und dort sich des Apparates Ediths bedienbar machen. Leßburg hatte erwartet, daß sie für ihn eintreten würde, aber Margot hatte geschwiegen, weil sie den Skandal fürchtete.

Als er jetzt wieder zur Loge emporblühte, war der Eklat in der ersten Reihe leer. Margot Dresen hatte den Raum verlassen.

Der Rechtsanwalt beugte sich zu Edith nieder und fragte, wie es um sie stehe. Sie bat um eine Viertelstunde Unterbrechung der Sitzung, um sich sammeln zu können. Drülberg bat um Vertagung auf eine halbe Stunde. Der Gerichtshof war einverstanden, und die Angeklagten wurden für diese Frist hinausgeführt.

Doktor Drülberg überlegte sich alles nochmal, es konnte nicht anders sein. Margot Dresen hatte sich, so unglaublich es erschien, von ihrer Neigung zu Leßburg so weit hinreißen lassen, daß sie ihm bei seiner Straftat behilflich war, in der Hoffnung, so ihm zu

einer glänzenden Karriere zu verhelfen und dadurch am schnellsten mit ihm vereinigt zu werden. Das Stück sah aus wie eine Stelle aus einem Sensations-Roman, er selbst hatte früher ja diese Möglichkeit von sich gewiesen, aber jetzt gab es kein Zweifeln mehr.

Nach einer halben Stunde wurde die Verhandlung wieder aufgenommen. Nach ehe die Angeklagten hereingeführt worden waren, erhob sich Rechtsanwalt Drülberg.

„Ich möchte den Antrag stellen, Fräulein Margot Dresen, die mit beiden Angeklagten bekannt gewesen ist, als Zeugin vorzuladen. Auch wenn es zu einem negativen Ergebnis führen sollte, das Fräulein wohnte vorhin in der Loge der Sitzung bei, hat sie aber, wie es scheint, entfernt.“

Der Staatsanwalt wollte dem Antrage auf Ladung dieser neuen Zeugin nicht widersprechen, erachtete die Vernehmung der Dame aber als nicht erforderlich, da man ja über den Charakter der beiden Angeklagten hinlänglich informiert sei. Der Rechtsanwalt erwiderte ruhig, daß er ja bereits auf ein möglichweise negatives Ergebnis hingewiesen habe. Jedenfalls müsse er aber auf der Ladung bestehen, die vielleicht am effektivsten durch den Fernsprecher im Gerichtsgebäude erfolgen könne.

Der Gerichtshof beschloß demgemäß. Wenige Minuten nachher wurde der Gerichtspräsident herausgerufen. Gleich darauf zogen sich die Richter in das Beratunzszimmer zurück. Der Staatsanwalt und die Verteidiger beider Angeklagten folgten. Das Publikum verharnte in planloser Aufregung.

Endlich, nach einer Viertelstunde, nahmen alle diese Herren ihre Plätze wieder ein. Der Präsident erhob sich zu folgender Mitteilung: „Die Ladung des Fräulein Margot Dresen ist zur Zeit nicht möglich, da dieselbe plötzlich lebensgefährlich erkrankt ist. Die Verhandlung gegen die Angeklagte Edith Gilbert ist vorläufig vertagt, der Haftbeschluss ist einstweilen aufgehoben. Die Verhandlung gegen den Angeklagten Fritz Leßburg wird fortgesetzt.“

Die Angeklagten, die inzwischen wieder hereingeführt worden waren, hatten diesen Beschluß regungslos mit angehört. Am Leßburgs Mund flog ein eigenartliches Zucken, als wolle er etwas sagen und könne es doch nicht fertig bringen. Edith stand mit gefalteten Händen da und schaute sich fragend um, als sei ihr die Eröffnung des Gerichtshofes noch nicht klar geworden.

(Fortsetzung folgt.)

**Fußballer.** Eine Vorstandssitzung des Baltischen Kaseno- und Winterportverbandes hat am Sonnabend und Sonntag hier stattgefunden. Die Bildung eines selbständigen Verbandes Ostpreußen wurde entschieden abgelehnt, dagegen die Bildung eines Verbandsjugendausschusses in Aussicht genommen. Sodann wurde folgender Beschluß gefaßt: „Aus der Organisation des Baltischen Kaseno- und Winterportverbandes ist jede Politik fernzuhalten. Verband, Arelie, Bezirke dürfen sich an keinen Veranstaltungen beteiligen, die politischen Charakter tragen. Besteht über den Charakter irgend einer Veranstaltung Unklarheit, so ist die Beteiligung unter allen Umständen abzulehnen.“

**Stadttheater.** Heute Dienstag findet die erste Wiederholung des hervorragenden Sudermannschen Dramas „Sodoms Ende“ statt, worauf an dieser Stelle ganz besonders hingewiesen wird. Am Donnerstag ist die erste Aufführung der entzückenden Fesselschen Operette „Die Postmeisterin“, worauf heute schon aufmerksam gemacht wird.

**Der Stand der Landwirtschaft in Pommern.** Dem Bericht der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern über den Stand und die Lage der landwirtschaftlichen Erzeugung in der Provinz für das letzte Vierteljahr 1921 entnehmen wir folgendes: Entsprechend den Witterungsverhältnissen machte die Saatbestellung im Oktober infolge der Trockenheit, besonders auf schweren Böden, gewisse Schwierigkeiten. Die warme Witterung brachte schon mit dem Ende Oktober noch rechtzeitig einsetzenden Regenfällen ein üppiges Wachstum der Winterfrüchte zuwege. Der Frost im Dezember konnte, obgleich die Saaten von keiner Schneedecke geschützt wurden, diesen nichts anhaben, so daß wir mit gut bestandenen Winterfrüchten in das neue Jahr hineingehen. Sehr günstig war die Witterung für die Bergung der Hackfrüchte. Diese konnten vielfach geerntet werden. Dagegen wurden durch die Dezemberfroste das Kartoffelverladegeschäft empfindlich gestört. Die Arbeitsmangel hat sich gegenüber der Vorberichtszeit nicht wesentlich verschoben. Einheimische ledige Arbeitskräfte werden nach wie vor gesucht.

**Durchführung des Verfahrens bei Gewährung eines Landesdarlehens.** In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen die Antragsteller, ohne den Träger des Verfahrens zu unterrichten, sich über die gesetzlichen Bestimmungen hinwegsetzen und die von dem Regierungspräsidenten an die Gewährung von Bauzuschüssen geknüpften Bedingungen zum Teil außer Acht lassen und glauben die Auflichtsbehörden vor vollendeter Tatsache stellen zu können. Es sei deshalb erneut auf einige immer wiederkehrende Mängel bei Landesdarlehensangelegenheiten hingewiesen. Der Herr Regierungspräsident behält sich die Mitwirkung in der Planung bei den mit Landesdarlehen bezugsfähigen Gebäuden vor. Anträge für Bauvorhaben, die große Verträge gegen das übliche Maß des zu Fordern enthalten oder die eine Verunstaltung des Orts- und Landschaftsbildes bedeuten und dem Herrn Regierungspräsidenten so verspätet vorgelegt werden, daß infolge der vorgeschrittenen Bauarbeiten keine Mitwirkung ausgeschaltet wird, werden in Zukunft von der Bezugschussung ausgeschlossen werden. Änderungen, die entgegen den von dem Herrn Regierungspräsidenten geprüften, dem Bau zugrunde liegenden Zeichnungen vorgenommen werden sollen, bedürfen vor ihrer Ausführung seiner ausdrücklichen Genehmigung. Sie werden entsprechend den Wünschen der Bauherren und soweit sie eine wesentliche Verbesserung im Rahmen des gewährten Darlehens — bedeuten, Berücksichtigung finden. Alle eigenmächtig ohne Wissen des Herrn Regierungspräsidenten vorgenommenen Änderungen haben eine nachträgliche Kürzung der bewilligten Einheitsätze, in besonderen Fällen eine Zurückziehung des Darlehens zur Folge. Zeichnungen müssen mit größerer Sorgfalt, als es bisher häufig der Fall war, hergestellt werden. Sie sind auf eine geringe Blattzahl zu beschränken — 1 bis 2 Blatt sind in der Regel genügen — (Maßstab 1:100!). Für eine klare Beurteilung sind von den Wohnhäusern möglichst alle vier Ansichten darzustellen. Der beizugebende Lageplan soll neben der Himmelsrichtung die Angabe besonders wichtiger Einzelheiten enthalten (Lage des Brunnens usw.). — Die Antragsunterlagen sind bei Privat- oder Genossenschaftsbauten in dreifacher, bei Gemeindebauten in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Die Finanzierung des Bauvorhabens muß vor Erteilung des endgültigen Beschlusses völlig klar und sicher gestellt sein. Zu diesem Zweck sind mit dem Antrage die erforderlichen Nachweise für die Deckung der verteilten Baukosten (Hypothekenschuldscheine, Verpflichtungserklärung der Gemeinden und dergl.) vorzulegen. Ist die Aufnahme des Darlehens erforderlich, so ist eine rechtsverbindliche Erklärung des Darlehensgebers über den herzugebenden Darlehensbetrag beizubringen. Anträge auf Vorzahlung sind je eine Abschrift des Grundbuchblattes und der Eintragungsbewilligung des Landesdarlehens sowie eine Gebrauchsabnahmebescheinigung der Baupolizeibehörde vorzulegen. Sämtliche Anträge aus dem Landreise Stolz sind an den Kreisaußschuß zu richten, der sie erforderlichenfalls an den Herrn Regierungspräsidenten weitergeben und auf eine beschleunigte Erledigung der Angelegenheit im allgemeinen bedacht sein wird.

**Lauenburg.** Die Schupo konnte gestern in der Frühe einen Einbrecher verhaften, als er eben dabei war, dem Frieschen Geschäft am Markt einen Besuch abzustatten. Es handelt sich um einen lange gesuchten alten Zuchthäuser.

**Janow.** Der hiesige Männer-Gesang-Verein konnte am 15. Januar auf ein 75jähriges Bestehen zurückblicken. Im Laufe des Sommers soll aus diesem Anlaß ein größeres Sängerfest hier stattfinden.

**Pollnow.** Dem Besitzer Busch aus Rem bei Krangen wurde sein mit 3 Pferden bespanntes Fuhrwerk, das er einen Augenblick unbeaufsichtigt in der Langenbachstraße hier stehen ließ, gestohlen. Am Sonnabend wurde das Gespann in Sydow ermittelt.

**Kolberg.** Sonntag nacht ist der langjährige Gymnasial-Musiklehrer und Domorganist, Musikdirektor Johannes Springer sanft erschlagen.

**Wassow.** Der hiesige Pfarrer Schmidt schlägt in einem Bericht über die Gründung eines „Republikanischen Pfarrerbundes“ Worte des Auftrufes auf u. a.: „Ohne Gründung der Republik ist die deutsche Begründung für die Republik. So fordere ich die Pfarrer zur Gründung eines Republikanischen Pfarrerbundes auf, nur das seine Partei und seine theologische Stellung läßt, und nicht das Eintreten für die Republik verlangt. Ob katholisch oder evangelisch, ist gleichgültig. Daß wir Pfarrer durch eine öffentliche Umgebung für die Republik eintreten, muß allen wichtig sein, die den großen Einfluß der Kirche kennen.“

**Labs.** Auch unsere Stadt hat jetzt ihr Notgeld erhalten, eine Serie von vier Scheinen, die von einer längst verschwundenen Heimgegend Zeugnis ablegt. Das Grundmotiv der Serie wird in folgender Weise gegeben: „Im trauten Heim, In zarter Hand, In weitem Land, Sind Labser Schürren wohlbekannt.“ Von dem Besizer seien hier noch erwähnt: „Ein Labser Schürren hat Stäwel und Schürren, So hädd hei ol Bild un drukt nich laulammen! Sien Hammer, Nägel un Vidroht paßt sien woll laulammen, O, künn hei domit in Dütschland ol Unheil verbannen.“ Der Zweimarktschein bringt ein Stück der alten Stadtgeschichte: „Der seinen Pudel will behollen hel, De hädd sich vor Labs und Stachel!; Mer sinen Pudel will hebben vull, De gah na Regenwull.“

**Stettin.** Zwei schwere Einbruchsdiebstähle sind in den letzten Tagen hier verübt worden. Es wurden der Firma L. Mannswarengeschäft Keiffschlagerstraße 22 Goldwaren im Werte von 100000 M. gestohlen.

**Stettin.** In einer Sitzung in der Aula der Bismarck-Oberrealschule beugte die Stettiner Polytechnische Gesellschaft in Anwesenheit der Ehrengäste und befreundeter Vereine die Feier ihres 60jährigen Bestehens.

**Demmin.** Die Hengstversteigerung wies eine sehr starke Beteiligung auf. Das zur Versteigerung gestellte Material war ausgezeichnet und dementsprechend die Preise. Der teuerste Hengst aus der Zucht von Platze-Boigsdorf erzielte den Preis von 153 000 M.

**Swinemünde.** Die Stadtverordneten beschäftigten sich in ihrer letzten Sitzung mit einem Antrag auf Abtretung des städtischen Elektrizitätswerkes an eine Privatgesellschaft, die zugleich aber auch die Verwaltung der städtischen Kanalisations- und Wasserwerke und der Gasanstalt in Swinemünde in gemeinwirtschaftlichen Betrieb unter Begründung einer Gas- und Elektrizitätswerke Swinemünde G. m. b. H. übernehmen soll. Am Vorabend der Stadtverordnetenversammlung, die zu diesem Antrag Beschluß fassen sollte, hatte neben der Bürgerversammlung auch die sozialistische Partei sich gegen das Projekt erklärt. Nach einer längeren Aussprache, in der die Gegner der Vorlage sich noch sehr skeptisch zu den versprochenen großen Vorteilen äußerten, beschloß die Versammlung, den Antrag nochmals um 14 Tage zu vertagen, um diesen wichtigen Beschluß, den wichtigsten seit Jahren, möglichst einmütig zu fassen und um auch die Wünsche der Bürgerschaft genügend berücksichtigen zu können.

### Gedenktafel für den 17. Januar.

1600 \* Der spanische Dramatiker Don Pedro Calderon de la Barca in Madrid (†1681) — 1706 \* Der nordamerikanische Staatsmann Benjamin Franklin in Boston († 1790) — 1749 \* Der italienische Dramatiker Vittorio Graf Alfieri in Mailand († 1803) — 1834 \* Der Zoolog August Weismann in Frankfurt a. M. († 1914).

## Gerichtssaal

### Stolper Schwurgericht.

6. Tag der Verhandlung. — Sitzung vom 16. Januar 1922.

Die Ermordung des Försters Jaddach aus Kl.-Gansien, den man am 18. Mai v. Js. durch einen Herzschlag getötet, im Walde von Rippoglene tot auffand, beschäftigte heute das Schwurgericht. Unter der Anklage des Mordes bezw. der Beihilfe stand der Arbeiter Wilhelm Michel, dessen Schwester Ida und der Obermaler Johann Michel, sämtlich aus Kl.-Gansien. Auch die Mutter war damals unter dem dringenden Verdacht der Mittäterschaft verhaftet worden. Aber bald nach ihrer Einlieferung zeigten sich Spuren einer Geisteskrankheit, so daß man sie in die Heilanstalt nach Lauenburg bringen mußte, wo sie sich auch noch jetzt befindet.

Die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Sah, der auch teilweise die damaligen Ermittlungen in der Mordsache führte. Für die Verteidigung war Rechtsanwalt v. Roenen gewonnen worden. Zur Beweisführung sind etwa 70 Zeugen geladen worden. Für die Verhandlung sind vier Tage in Aussicht genommen.

Wie erinnert, wurde der 23jährige Förster Max Jaddach ermordet, ohne daß man zuerst eine Ahnung von den Tätern hatte. Es tauchte aber bald der Verdacht auf, der Förster sei auch beraubt worden. Dies um so mehr, als er sich am Tage vorher geküßert hatte, er würde die Waldarbeiter am nächsten Tage entlohnen. Wie die Anklage behauptet, soll der Förster auch eine große Geldsumme bei sich geführt haben, die ihm von der Holzfirma, bei der er Unternehmer war, übermittelt worden war. Da der Förster einige Zeit vor seiner Ermordung mit der Ida Michel gesehen worden war und ihr Vater und Bruder auch im Dienste des Försters standen, lenkte sich der Verdacht auf diese Holzfallerfamilie. Der Verdacht gewann an Wahrscheinlichkeit, als man eine Durchsuchung nach Waffen hielt. Von Wilhelm Michel wurde der Waffenbehälter, bis auf einen Leßling zuerst abgeleugnet. Als eine zweite Durchsuchung stattfand, wurde eine Parabelpistole im Strauchhaufen und Munition im Hühnerstall versteckt vorgefunden. Eine weitere Pistole wurde bei der Ida Michel beschlagnahmt, die diese unter der Bluse versteckt trug. Diese ganzen Umstände veranlaßten dann auch die Strafverfolgungsbehörden, die Familie in Haft zu nehmen. In der Haft selbst machte sich die Ida stark verdächtig, indem sie Kaffiber an die Mutter schrieb und ihr die Beschlagnahme der Waffen mitteilte. Angeblich soll sich die Familie, die in letzter Zeit vielfach von einer Stelle zur anderen verziehen, einmal auch bestohlen und abgebrannt war, in Geldnot befinden. Bei der Durchsuchung fand man aber noch verschiedene Geldbeträge vor.

In der Vernehmung bestritten sämtliche Angeklagten ihre Beteiligung am Mord. Der Sohn will an dem Mordtage mit dem Vater zusammen im Walde gearbeitet und die Walsstelle nicht verlassen haben. Die Tochter wieder bekundet, den Förster nur einige Wochen vor der Tat zum letzten Male gesehen zu haben. Von der Ermordung wollen sie alle nur durch andere Arbeiter erfahren haben, die ihnen diese Nachricht in ihrer Wohnung am anderen Tage überbrachten. Ganz besonders bestreitet die Tochter die Annahme der Anklage, die freundschaftlichen Beziehungen mit dem Förster dazu benutzt zu haben, um ihn an eine bestimmte Stelle des Waldes zu locken, wo man ihn später ermordet vorfand. Der Sohn gibt über den Besitz der Waffen an, daß er hieron nicht gesprochen habe, weil er fürchtete, man würde die Waffen bei ihm beschlagnahmen. Deshalb will er sie auch versteckt haben. Über die großen Munitionsvorräte gibt er die Erklärung, das er die billig gekauft habe, um sie bei der Hand zu haben, wenn ein polnischer Übergriff stattfände. Daß die Familie in Geldnöten gewesen ist, wird von sämtlichen Angeklagten bestritten. Vater und Sohn wollen genügend Geld beim Holzeinschlag verdient haben.

Die Vernehmung der Angeklagten zog sich bis in die Abendstunden hin.

## Aus aller Welt

**\*\* Eisblockverwüstungen auf der Oder.** Wie aus Breslau berichtet wird, hat das Steigen des Wasserpiegels und der starke Eisgang auf der oberen Oder zu einer Katastrophe geführt. Ein großer Eisblock, in dem sich eine mitgeschleifte Uebergangsfähre befand, durchdrang das Januschkowitzer Wehr und nahm 23 Wehrblöcke mit fort. Auch die Wehren von Krenta und Krappitz wurden schwer beschädigt. Die Wiederherstellung wird längere Zeit in Anspruch nehmen.

**\*\* Mord an einem Bahnwärter.** In der Nähe von Heidelberg hat sich zwischen Steinfurt und Brombach ein schweres Verbrechen zugetragen. Dort befindet sich ein Bahnwärterhaus und ein angebauter Schuppen. Ein dort vorübergehender Mann bemerkte, daß dieser Schuppen in Flammen stand. Er eilte sofort in das Haus hinein, in dem sich ihm ein graufiger Anblick bot. Der 65jährige Bahnwärter lag erschossen in der Stube. Der 26jährige Sohn des Bahnwärters war gleichfalls durch Kugeln schwer verletzt, während die Frau des Bahnwärters unverletzt war. Die Tat hat sich folgendermaßen abgespielt: Gegen 1/9 Uhr wurden durch das Fenster mehrere Schüsse in das Zimmer abgegeben. Eine der ersten Kugeln traf den alten Bahnwärter, der Tat verdächtig sind zwei junge Leute, von denen der eine erst 14 Jahre alt ist. Die Gerichtsbehörden und die Staatsanwaltschaft von Heidelberg begaben sich sofort an den Tatort.

**\*\* Rettung von Schiffbrüchigen.** Der finnische Dampfer „Rhea“ hat die Besatzung des in der Ostsee gesunkenen norwegischen Dampfers „Roma“ aus Bergen in Holtenua gelandet.

**\*\* Der weiße Tod.** Die Unglücke im Schneesturm mehren sich in diesem Jahre in erschreckender Zahl. Schon dringt wieder eine traurige Nachricht aus dem Riesengebirge zu uns. Dort wollte eine Gesellschaft im Schneesturm den Weg von der neuen Schlesienschen Baude bis zur Peterbaude zurücklegen. In der Nähe der Schnee grubenbaude brachen zwei Herren erschöpft zusammen. Die anderen Teilnehmer holten Hilfe aus der Schnee grubenbaude. Der 31jährige Kaufmann Belten aus Breslau starb indeffen später auf dem Transport zur Baude.

**\*\* Der D-Zug Koblenz-Trier entgleist.** Zwischen Bullay und Pöndelich entgleiste in einem Tunnel infolge Schienenbruchs der D-Zug Koblenz-Trier. Während die Lokomotive und die folgenden zwei Wagen auf dem Gleise stehen blieben, sprangen die drei nächsten aus den Schienen. Mehrere Reisende wurden verletzt. Da die Aufräumungsarbeiten längere Zeit in Anspruch nahmen, ist auf der Strecke eine große Stockung eingetreten. Der Güterverkehr ruht vollständig, während der Personenverkehr durch Umsteigen aufrechterhalten wird.

## Letzte Nachrichten.

### Peterburg von Typhus bedroht.

— Moskau, 16. Januar. Die Petersburger Ärzte haben in einer Versammlung eine Entschlieung gefaßt, wonach Petersburg als von der Typhusepidemie bedroht zu erklären ist. Flüchtlingen soll die Einreise unbedingt verboten werden.

### Die russische Hungersnot.

— Moskau, 16. Januar. Der Moskauer Sowjet hat beschloffen, für die hungernden Rußlands eine Woche hindurch für Theater und Lichtspielkarten und dergleichen eine Steuer in Höhe von 10 Proz. zu erheben. Während dieser Zeit werden Straßenbahnkarten mit einer Steuer von 2000 Rubel für jede Karte belegt.

### Poincarés neue Garantieforderungen.

— London, 16. Januar. „Daily Mail“ meldet, im Laufe der Besprechung mit Lloyd George habe Poincaré folgende Abänderungen des englisch-französischen Bündnisses verlangt: 1. Erneuerung des Paktes nach Ablauf von 10 Jahren. 2. Die alliierten Generalstäbe haben zur Aufstellung von Mobilisierungsplänen zusammenzuarbeiten. 3. Der Pakt muß in dem Sinne ausgedehnt werden, daß eine gemeinsame Intervention erfolgt, wenn Deutschland einen Angriff gegen Polen unternehmen sollte. Es wird ferner berichtet, Poincaré habe angeboten, daß als Gegenleistung für die englische Garantie Frankreich sich verpflichten wolle, England im Falle eines deutschen Angriffs beizustehen.

### Frankreichs Bedingungen für England unannehmbar.

— London, 16. Januar. „Westminster Gazette“ sagt, es sei klar, daß Poincaré und Lloyd George sich in völliger Uebereinstimmung darüber befänden, daß augenblicklich keine Entente und auch keine Grundsätze für eine Entente bestehe. Poincarés Bedingungen seien für England unannehmbar, wie die Lloyd Georges für Frankreich. Jede britische Regierung, die sich bereit zeigen würde, Poincaré zuzustimmen, würde ebenso sicher rasch gesürzt werden wie Briand.

### Eine neue Ministerzusammenkunft in London.

— London, 16. Januar. Nach hiesigen Blättermeldungen haben Lloyd George und Poincaré bei ihrer Unterredung in Paris vereinbart, daß in vierzehn Tagen in London eine neue Besprechung der beiden Ministerpräsidenten stattfinden soll.

### Chinas Bottschaft an Alle.

— Berlin, 16. Januar. Die chinesische Gefandtschaft veröffentlicht ein Telegramm des neuen chinesischen Ministerpräsidenten Liang-Shih-Yi, in dem die chinesische Regierung um die wirtschaftliche Mitarbeit aller Völker bei der Erschließung Chinas bittet.

### Das Ende der Ueberdruckmarken.

— Berlin, 16. Januar. Aus Sicherheitsgründen sieht sich die Postverwaltung gezwungen, die Ausgabe der Ueberdruckmarken zu 1,60 Mark, 3 Mark, 5 Mark und 10 Mark einzustellen. Diese Postwertzeichen verlieren mit dem Ablauf des 20. Januar ihre Gültigkeit.

### Die neuen Richtlinien des Zentrums.

— Berlin, 16. Januar. Am heutigen zweiten Verhandlungstage beschäftigte sich der zweite Reichsparteitag der Zentrumspartei in geschlossener Sitzung mit internen Angelegenheiten. Am Vormittag wurde die Parteiorganisation und Pressefragen behandelt, am Nachmittag berichtete Redakteur Ritter über die neuen Richtlinien der Zentrumspartei.

### Die Notlage der Gemeinden.

— Berlin, 16. Januar. Zur Milderung der bekannten Notlage der Gemeinden hat das Reichsfinanzministerium in den zweiten Nachtrag zum Haushalt für das Rechnungsjahr 1921 den Betrag von 600 Millionen Mark zur Entschädigung der Gemeinden für den Wegfall des Besteuerungsrechts aus Par. 30 des Landessteuergesetzes eingestellt. Ueber die Verteilung dieser Summe auf die einzelnen Länder schweben Verhandlungen.

### Der Generalstreik in Weimar beigelegt.

— Weimar, 16. Januar. Der Generalstreik ist beigelegt worden. Die Arbeit wurde heute morgen überall wieder aufgenommen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben sich auf einen Mantelvertrag geeinigt.

### Teilung Oberschlesiens nicht vor Mitte März.

— Dypeln, 16. Januar. Wie in maßgebenden Kreisen der alliierten Behörden verlautet, ist mit einer Uebergabe des holländisch werdenden Teiles Oberschlesiens an Polen nicht vor Mitte März zu rechnen.

### Wiener Kabinettskrise.

— Wien, 16. Januar. Infolge der ablehnenden Haltung der Großdeutschen Volkspartei gegenüber der Politik der Regierung hat der zur Großdeutschen Volkspartei gehörende Minister des Innern Waber den Bundespräsidenten um Enthebung von seinem Posten ersucht.

## Amtl. Bekanntmachungen

### Betrifft Erwerbslosenfürsorge.

Vom 5. Dezember 1921 ab sind mit Genehmigung der städtischen Körperschaften die Unterstützungssätze für den Stadtkreis Stolp bei gänzlicher Erwerbslosigkeit für jeden arbeitslosen Wochentag wie folgt festgesetzt:

1. für männliche Personen	
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines andern leben	12,50 Mk.
b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines andern leben	10,00 Mk.
c) unter 21 Jahren	7,00 Mk.
2. für weibliche Personen	
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines andern leben	10,00 Mk.
b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines andern leben	7,00 Mk.
c) unter 21 Jahren	5,50 Mk.
Die Familienzuschläge betragen für	
a) den Ehegatten	5,50 Mk.
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	5,00 Mk.
Die Familienzuschläge, die ein Erwerbsloser erhält, dürfen insgesamt das Zweifache der ihm gewährten Unterstützung nicht übersteigen.	
Stolp, den 13. Januar 1922.	

Der Magistrat.

### Betrifft Rodelbahn im Waldkater.

Die Rodelbahn Nr. 2 im Waldkater wird wegen Betriebsunsicherheit bis auf weiteres gesperrt.

Stolp, den 17. Januar 1922.

Die Polizeiverwaltung.  
Der Oberbürgermeister.

### Betrifft: Schließung des Finanzamts und der Finanzkasse und Verlegung der Finanzkasse.

Umzugshalber sind das Finanzamt und die Finanzkasse am Freitag und Sonnabend, den 20. und 21. d. Mts. geschlossen.

Die Finanzkasse befindet sich vom 23. d. Mts. an im Westphal'schen Saale, Stolpmünderstraße Nr. 7 (neben der Genossenschafts-Molkerei). Die Kasse ist, wie bisher für den Verkehr mit dem Publikum von 8½ bis 12 Uhr vormittags geöffnet. Nach 12 Uhr mittags findet eine Abfertigung des Publikums nicht mehr statt, weil der Kassenbestand bis ½1 Uhr an die Reichsbank abgeliefert sein muß. Es wird außerdem erneut darauf hingewiesen, daß die Finanzkasse am letzten Tage eines jeden Monats wegen der Abschlußarbeiten geschlossen ist.

Stolp, den 16. Januar 1922.

Finanzamt.

### Bekanntmachung.

Bei der weiter zunehmenden Rechtsunsicherheit besonders auf dem Lande hat sich der Kreisrat beschließen lassen, einen weiteren Polizeihund zu beschaffen. Auch dieser Hund ist vollständig durchgebildet und befindet sich bei dem als Polizeihundführer ausgebildeten Landjäger Stübs in Stolp, Friedrichstraße 11 (Telefon Nr. 746). Im Bedarfsfalle wolle man sich an diesen unmittelbar wenden. In dringenden Fällen und soweit möglich wird der Kreisratwagen gegen die vom Kreisrat beschlossenen Kilometergelde zur Verfügung gestellt. Die Gebühren für die Benutzung des Polizeihundes sind aus dem Kreisblatt Nr. 26 für 1921 ersichtlich.

Nähere Auskunft wird durch den Kreisrat schriftlich oder mündlich (Telefon Nr. 40) erteilt.

Stolp, den 14. Januar 1922.

Der Vorsitzende des Kreisratsschusses des Landkreises Stolp.  
Dombois, Landrat.

Am Montag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, beginnt im Zeichenaal der 1. Gemeinderschule, Wollmarktstr. 15, 2 Tr. ein

### Unterrichtskursus in Stenographie

System Stolze-Schrey.

Meldungen von Damen und Herren werden am Tage des Unterrichts im betreffenden Zimmer entgegengenommen.

Das im voraus zu entrichtende Lehrgeld beträgt ausschließlich der Lehrmittel 50 Mark.

Stolze'scher Stenographen-Verein.

S. M. V. 1920.

Am Mittwoch, den 18. Januar d. J., abends 7½ Uhr findet im Saale des Schweizergartens der

### I. Vereinsabend

der Theaterabteilung unter Mitwirkung des gesamten Orchesters statt. Zur Ausführung gelangt:

### Der Bettel-Heini

Vollstück in 3 Akten von Herm. Marcellus.

Zur Einführung: Overture z. Oper „Norma“.

Die Pausen werden durch Konzertsätze von Wagner, Gandel, Bach usw. ausgefüllt.

Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich eingeladen. Eintrittskarten sind im Vorverkauf bei Herrn Woldsdorf und an der Abendkasse im Preise von 3,80 und 6,05 Mk. inkl. Steuer zu haben.

Eigene Kulissen

Achtung! Achtung!

### Gewerbetreibende!

Mittwoch, den 18. Januar, nachm. 2½ Uhr im Schützenhause

### Stellungnahme gegen die Erdrosselung des Mittelstandes.

Redner: Landtagsabgeordn. Bäckermeister Dremwig-Charlottenburg.

Pflicht aller Gewerbetreibenden ist es, zu erscheinen. Zur Deckung der Unkosten wird 1.— Mk. Eintritt erhoben.

Nach der Versammlung

### gemütliches Beisammensein

im Concordia-Zimmer.

### Deutsche Wirtschaftspartei.

Schreier.

## Schluss



der billigen Inventur- Ausverkaufstage

am

Sonnabend, den 21. Januar.

Veräumen Sie nicht diese enorm günstige Gelegenheit.

## C. Fraenkel

Spezial-Haus für Herren-Garderobe und Herren-Artikel.

## S. Karsten, Baugeschäft

Büro für Architektur und Bauausführung  
Sprechzimmer 134 Stolp i. Pom. Chausseestraße 2

Anfertigung von Bauprojekten, Zeichnungen, Kostenanschlägen pp.

Übernahme von Neubauten, baulichen Veränderungen und Reparaturen.

Ausführung aller Bauarbeiten mit zuverlässigem Personal zu realen Preisen.

Beste Empfehlungen.

*„Viktoria“ Original „Wundlog“*

## Nähmaschinen

für Haus und Gewerbe

Beste deutsche Maschine

liefert sehr preiswert

## Willy Tegge

Stolp

Telefon 599. Mittelstr. 51.

Sind Lungenleiden Tuberkulose heilbar? Katarrhe usw. Verl. Sie kostenl. San. Rat Dr. Weise's ausf. Druckschrift hierüber Dr. Gebhard & Cie., Berlin W 35, Potsdamer Strasse 104c

## Drucksachen

Besuchskarten,  
Geschäftskarten,  
Verlobungskarten,  
Hochzeitseinladungen,  
Danksagekarten usw.

liefert schnellstens

Otto Kellerstrass  
Buchdruckerei und Zeitungsverlag  
Goldstrasse 20.

## Formerlehrlinge

bald oder per 1. April stellen ein  
Witt & Svendsen G. m. b. H.,  
Stolp i. Pom. Fernspr. Nr. 50.

## Zwangs-Versteigerung.

Am Mittwoch, den 18. d. Mts., vorm. 11 Uhr werde ich im Versteigerungslokal, Sandberg Nr. 1 hier:

## 3 Lederbänke

für Polstermöbel

ca. 21 cm

öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigern.

Stolp, den 17. Januar 1922.

Bargemann

Gerichtsvollzieher.

## Zwangsversteigerung.

Donnerstag, d. 19. d. Mts. vorm. 10 Uhr werde ich in der Waldemarstr. 22

## 2 Futterlkwine

meistbietend versteigern.

Stolpmünde, den 16. 1. 22.

König, G.-V.

## 1 schwere, 6jähr., tragende braune Stute

und ein 2jähriges, braunes

## Genastfohlen

stehen zum Verkauf bei Rentengutsbesitzer Lemke, Schwetlow bei Hebr.-Damnieh Nr. Stolp.

## 2 junge, hochtragende Kühe

stehen zum Verkauf bei

Otto Jerchow, Alt-Kolziglow.

## Büchsbüchse

Mod. 98

mit Fernrohr 4½ x u. Etf. Flinte, Kal. 16, preiswert zu verkaufen.

G. Fellmann, Büchsenmacher, Uhländstr. 9, 1 Treppe.

Suche für meine zahlungsfähigen Käufer

Land- und Stadtgrundstücke,

ll. u. große Landwirtschaften, Güter, Stadt- u. Landgasthöfe, Schmieden, Bäckereien, Kolonialwarengesch., Fleischerieen usw. zu kaufen.

Angebote mit Preis, Anz. u. Beschreibung an

Fritz Panzen. agon, Stettin

Paradeplatz 2.

## Hotel oder Gastwirtschaft

per bald oder 1. April zu pachten oder zu kaufen gesucht.

J. Sonnek, Polzin Predigerstraße.

## Habe

80-100000 Mk.

auf größeres, gutes Landgrundstück zur 1. Hypothek zu vergeben.

Offerten unter Nr. W. 167 an die Geschäftsstelle d. Stg.

## Wandkalender

preiswert zu haben in der

Buchdruckerei

Otto Kellerstrass

Goldstr. 20.

## Pickel u. Mitesser!

Nasen- u. Hautröte!

Ein einfaches wunderbares Mittel teils kostenl. mit. Genau angeben für welchen Schönheitsfehler!

Frau M. Poloni

Hannover H. 201 Schließfach 106.

Eilt! Eilt!

## Grosse Geld-Lotterie

zum Besten des Freiburger Münsters

Ziehung vom 25.-31. Januar 1922

26 671 Geldgewinne im Betrage von

## 1 Million Mark

Hauptgewinne:

Mark 150 000

„ 100 000

„ 75 000

„ 50 000 usw.

Lose versendet, zum amtlichen Preis von Mk. 6.—, 10 Lose sortiert Mk. 60.—, für Liste Mk. 1.—

W. Grother, Lotteriekollekteur

Hamburg 33, Maurienstr. 15.

## Stadt-Theater Stolp

1921-1922.

Direktion: H. Schneider

Donnerstag, abends 7½ Uhr

— Erstaufführung —

## Die Postmeisterin

Operette in 3 Akten von J. Hoffmann

Komponist von „Schwarzwalddämäl“.

Suche zum 1. 3. oder 1. 4. einen Knecht.

Robert Randt, Gastwirt, Poberow b. Neufolziglow.

Gutes, sauberes

## Hausmädchen

für sofort oder 1. 2. gesucht. Anfrag. an die Geschäftsstelle d. Stg.

## Kindergärtnerin

2. Kl. zu ¾ J. alt. Mädchen ge-herzfeld, Schivelbein (Pomm.) Kirchenstr. 26.

Suche zum 1. April Stellungs- als

## Ruhfütterer

mit vier eigenen Leuten. Ruhfütterer R. Pyritz Seleritz b. Grangitz.

## Mausfell

od. gebildete Hausbeamten unter Leitung der Hausfrau für großen Gutshaushalt

zum 1. 4. 1922 gesucht. gut bürgerliche Küche, Bedienung, Bild, Gehaltsanspruch, Lebenslauf, Zeugnisse an

Frau Rittergutsbesitzer Brech-Schwesow bei Greifenb. Pom.

## 1 Stellmachergeselle

kann sofort eintreten. Wabrunz, Labehn Nr. Lauenburg

Wagenbau mit elektr. Betrieb

## Verkäuferin

wird fürs Büfett und auch für Bedienung der Gäste zum 1. Januar gesucht.

E. Wernicke, Babrunz, Filchne Nord (Stobahn)

## Berkäufer u. Verkäuferin

gewandt und tüchtig, für Manufakturwaren und Konfektion zum 1. 3. gesucht. Offerten m. Angabe der Gehaltsansprüche abgeben.

S. Borchardt

Schivelbein i. Pom.

## Ein Knecht oder alt. Mann sowie ein Mädchen

sofort oder später gef. Aug. Schütz, Labuhn b. Stolp

## Hausmädchen

für sofort oder 1. Februar. Tüchner, Schilow

Suche zum 1. April ein

## ehrl. Mädchen

Gastwirt Wittenberg, Quadenburg.

Einige tüchtige

## Handformer

werden eingestellt. (Hoher Akkordverdienst.)

Ernst Eisner Nachfolger

Stargarder Eisenwerke, Stargard i. Pom.

## Solide Erntehelfer

für jedermann geeignet.

## Hugo Benesch

Zorgelow. i. Pom.

## Vertreter

mit ca. 1000 Mk. für neuartigen Artikel der Landwirtschaft gesucht.

Offerten mit genauen Angaben an Max Hahn, Altten. Berlin SW 68.